



## Rechtsausschuss

### 65. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>

4. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung** **7**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 dem Wunsch der antragstellenden Fraktion entsprechend zu vertagen.

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)** **8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11100

#### hier: **Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)** **8**

Vorlage 17/3992 (Erläuterungsband)  
Vorlage 17/3966 (Erläuterungsband)  
Vorlage 17/3996  
Vorlage 17/3999

---

<sup>1</sup> vertraulicher Teil mit TOP 19 siehe vAPr 17/30

- Einbringung durch den Minister der Justiz (Einzelplan 04)
- Einbringung durch die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs (Einzelplan 16)

In Verbindung mit

**Ist-Zahlen des Haushalts-Einzelplans des Ministeriums der Justiz zum 31.10.2020** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4077

- Wortbeiträge

**2 Modellversuch kontrollierte Cannabis-Abgabe:  
Schwarzmarkt bekämpfen, Jugendschutz und Prävention stärken 10**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8579

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**3 Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in  
Nordrhein-Westfalen 11**

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8722

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung über den Gesetzentwurf zu vertagen.

**4 Gesetz Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 12**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/11165

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss, die Mitberatung über den Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung abzuschließen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

**5 Der Justiz die Augen öffnen. Gute Statistiken führen zu mehr Effektivität 14**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11166

– wird nicht behandelt

**6 Entwurf der 2. Vereinbarung zur Änderung der Verwaltungsvereinbarung über die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter nach dem Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe 15**

Vorlage 17/3991  
Drucksache 17/11504

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss erhebt gegen den von der Landesregierung mitgeteilten Entwurf der Vereinbarung keine Einwendungen.

- 7 Corona in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **16**  
– keine Wortbeiträge
- 8 Abschlussbericht zur Koordinierungsrunde zu der Expertenkommission zu Optimierungsmöglichkeiten im Justizvollzug auf den Gebieten des Brandschutzes, der Kommunikation und der psychischen Erkrankungen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 3], Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **17**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4078  
– Wortbeiträge
- 9 Maskenpflicht** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 4]*) **19**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4086  
– Wortbeiträge
- 10 Gefahr von Cyberangriffen auf die Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]*) **20**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4079  
– keine Wortbeiträge
- 11 Tötungsdelikt in Hagen – Versäumnisse der Justizbehörden?** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]*) **21**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4080  
– Wortbeiträge

**12 Geiselnahme in der JVA Münster** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 6], Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [Anlage 7]*) **23**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4087

– Wortbeiträge

Der Ausschuss bittet darum, die in der Beratung aufgeworfenen weiteren Fragen schriftlich zu beantworten.

**13 Umgang mit den im Frühjahr wegen Corona aus der Haft entlassenen Gefangenen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **26**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4081

– keine Wortbeiträge

**14 Beratungshilfescheine** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **27**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4082

– keine Wortbeiträge

**15 Berichtswesen in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **28**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4083

– keine Wortbeiträge

**16 Ich schäme mich für diesen Staat** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **29**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4084

– keine Wortbeiträge

**17 Umsetzungsstand des Justizvollzugsmodernisierungsprogramms** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **30**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4085

– keine Wortbeiträge

**18 Verschiedenes** **31**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die übernächste Sitzung am 9. Dezember 2020 stattfinden wird.

\* \* \*



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden  
des Rechtsausschusses

im Hause

**Sonja Bongers MdL**  
Rechtspolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 26 68

Fax: 0211 - 884 31 60

sonja.bongers@landtag.nrw.de

**23.10.2020**

## **Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Rechtsausschusses am 23.10.2020**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im Rechtsausschuss  
benenne ich für die Sitzung des Rechtsausschusses am 23.10.2020  
folgende Tagesordnungspunkte:

### **1. Umgang mit den im Frühjahr wegen Corona aus der Haft entlassenen Gefangenen Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

#### Hintergrund:

Im Frühjahr 2020 hat das Ministerium der Justiz im  
Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zahlreiche Inhaftierte  
der JVAen aus der Haft entlassen bzw. die Vollstreckung der Haft  
unterbrochen (im Folgenden allgemein „aus Haft vorzeitig  
entlassen“).

Der schriftliche Bericht soll die Zahl der wegen Corona vorzeitig  
aus Haft vorzeitig entlassenen Gefangenen insgesamt und  
aufgeschlüsselt nach JVAen darstellen.

Ferner soll angegeben werden, wie viele dieser Fälle entfallen  
auf:

Unterbrechung der Vollstreckung

- a) von Ersatzfreiheitsstrafen und
- b) kurzer Freiheitsstrafen.

Ferner soll der schriftliche Bericht darstellen, wie viele Personen, die eigentlich die Haft hätten antreten müssen, die Haft wegen Corona nicht angetreten haben.

Dabei soll der schriftliche Bericht die Gesamtzahl angeben und aufgeschlüsselt nach:

- a) Erzwingungshaft nach §§ 96 f OwiG
- b) Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen von bis zu 12 Monaten
- c) Vollstreckungshaftbefehle
- d) Vorführersuchen für den Jugendarrest.

Der Minister der Justiz hat vor der Sommerpause das Gespräch mit den Obleuten des Rechtsausschusses gesucht, ob Fälle/Fallgestaltungen denkbar seien, bei denen einige dieser vorzeitig Entlassenen die Haft nicht wieder antreten müssten. Der Minister stellte ein weiteres Gespräch hierzu für Ende der Sommerpause in Aussicht. Nach dieser Besprechung hat zumindest die Obfrau der SPD-Fraktion im Rechtsausschuss nichts wieder von diesem Thema gehört.

Der schriftliche Bericht soll darstellen, warum der Minister dazu kein weiteres Gespräch mit den Obleuten gesucht hat.

Seit wann werden Haftantritte der aus der Haft vorzeitig Entlassenen wieder durchgeführt?

Sind mittlerweile wieder alle im Frühjahr vorzeitig aus der Haft Entlassenen wieder in den JVAen? Wenn nicht:

- a) Nach welchen Kriterien wieder der erneute Haftantritt organisiert?
- b) Wie viele der seit Frühjahr vorzeitig aus der Haft Entlassenen haben die Haft wieder antreten müssen und wie viele noch nicht?

Wie stellt sich die Kapazität und Belegung der einzelnen JVAen des Landes zum 01.03. 01.07. 31.10. sonst 30.09. dar?

Wann wird nach den Planungen des Ministeriums der letzte im Frühjahr vorzeitig aus der Haft Entlassene wieder die Haft angetreten haben?

Wie viele der im Frühjahr vorzeitig aus der Haft Entlassenen haben bis zum Haftantritt erneut eine Straftat begangen bzw. gegen wie viele wird aktuell ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der Begehung einer Straftat nach der vorzeitigen



Haftentlassung geführt? Wie viele der Personen, bei denen die Vollstreckung aufgeschoben wurde, haben danach wieder möglicherweise eine Straftat begangen?  
Bitte in jedem Einzelfall aufzuführen, wegen des Verdachtes der Begehung welcher Straftat das Ermittlungsverfahren geführt wird.

Plant der Minister der Justiz angesichts steigender Infektionszahlen erneut Inhaftierte vorzeitig zu entlassen bzw. deren Vollstreckung zu unterbrechen?

**2. Umsetzungen der Empfehlungen der Expertenkommission in Form der Koordinierungsrunde – werden Mitbestimmungsrechte beachtet?  
Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

Der schriftliche Bericht der Landesregierung soll darstellen, welche der von der Koordinierungsrunde besprochenen Verfahrensweisen mitbestimmungspflichtig für die Personalvertretungen sind und welchen dieser mitbestimmungspflichtigen Punkte die Personalvertretungen zugestimmt haben und an welchen Punkten es Probleme/Diskussionen mit den Personalvertretungen gibt. Bei den Punkten, bei denen ein Mitbestimmungsrecht gegeben ist und die Zustimmung noch nicht vorliegt, soll der schriftliche Bericht darstellen, welche Bedenken/Anregungen Seitens der Personalvertretungen vorgetragen wurden. Außerdem soll der schriftliche Bericht darstellen, bei welchen Punkten ein Mitbestimmungsrecht zwischen Ministerium und Personalvertretung umstritten ist.

**3. Beratungshilfescheine  
Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

Der schriftliche Bericht der Landesregierung soll darstellen, wie viele Beratungshilfescheine in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt ausgestellt wurden.  
Der schriftliche Bericht soll auch die Anträge auf Beratungshilfe und genehmigte Beratungshilfe im Jahr 2020 für jeden Monat des Jahres darstellen, aufgeteilt nach den Gerichten.

#### **4. Berichtswesen in der Justiz** **Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

Immer wieder kommt es in den Beratungen des Rechtsausschusses vor, dass das Ministerium der Justiz die erbetenen Informationen wegen nicht vorhandener statistischer Daten nicht liefern kann.

Zuletzt war dies bei der sog. Clankriminalität.

Daher soll der schriftliche Bericht eine Auflistung aller in der Justiz vorhandenen regelmäßigen Berichtspflichten und Pflichten zu statistischen Erhebungen einzeln darstellen.

Darüber hinaus soll der schriftliche Bericht alle im Jahr 2020 bislang Seitens des Ministeriums der Justiz erbetenen einmaligen Berichte (mit Ausnahme der für den Rechtsausschuss erbetenen Berichte) an den nachgeordneten Bereich einzeln darstellen.

#### **5. Ich schäme mich für diesen Staat** **Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

Der Rechtsausschuss hat sich im Mai und Dezember 2019 mit diesem Sachverhalt befasst. Die Landesregierung hatte dazu eine schriftliche Berichte vorgelegt (Vorlage 17/2016 und 2795).

Der aktuelle schriftliche Bericht der Landesregierung soll darüber informieren, ob zwischenzeitlich über die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision entschieden wurde.

In den damaligen Berichten wurde zudem darüber informiert, dass das zunächst gegen die Polizeibeamten eingestellte Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen wurde. Der schriftliche Bericht soll über den aktuellen Stand des Ermittlungsverfahrens berichten.

**6. Umsetzungsstand des  
Justizvollzugsmodernisierungsprogramms  
Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

In dem schriftlichen Bericht soll der aktuelle Stand der Bauvorhaben inklusive der Bauzeitplanungen des Justizvollzugsmodernisierungsprogramms für die Einzelprojekte dargestellt werden. Darüber hinaus soll der Bericht aufzeigen, welche finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung stehen und wie das Ministeriums einschätzt, ob diese Mittel ausreichend sein werden.

Der schriftliche Bericht soll für jedes Bauvorhaben darstellen, wie zum Zeitpunkt des Regierungswechsels (01.07.2017) der Baubeginn und Fertigstellung vorgesehen war und wie Baubeginn und Fertigstellung jetzt vorgesehen sind.

Gesondert soll der Bericht detailliert die aktuelle Lage zum geplanten Neubau in Münster ausführen und dabei aufführen, welche Maßnahmen in den zurückliegenden 18 Monaten umgesetzt wurden.

Der schriftliche Bericht soll zum 01.07.2017 und zum 30.09.2020 für jede einzelne JVA

- a) die tatsächlichen Belegungen,
- b) die tatsächlich belegbaren Haftplatzzahlen sowie
- c) die Einzel- und Doppelunterbringungen darstellen,

**7. Ist-Zahlen des Haushalts-Einzelplans des Ministeriums der  
Justiz zum 31.10.2020  
Schriftlicher Bericht der Landesregierung**

Hintergrund:

Die Landesregierung hat den Haushalt für das Jahr 2020 eingebracht. Für eine sachgerechte Vorbereitung auf die Beratung des Justizhaushaltes im Rechtsausschuss sind die Zahlen des Haushalts-Ists für jeden Titel zum 31.10.2020 (sonst 30.09.) erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Bongers', with a stylized flourish at the end.

Sonja Bongers

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11100

hier: **Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)**

Vorlage 17/3992 (Erläuterungsband)  
Vorlage 17/3966 (Erläuterungsband)  
Vorlage 17/3996  
Vorlage 17/3999

- Einbringung durch den Minister der Justiz (Einzelplan 04)
- Einbringung durch die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs (Einzelplan 16)

In Verbindung mit

**Ist-Zahlen des Haushalts-Einzelplans des Ministeriums der Justiz zum 31.10.2020** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4077

Über den als Vorlage 17/3999 verteilten schriftlichen Vortrag zur Einführung in den Einzelplan 16 hinaus trägt die **Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Dr. Ricarda Brandts** Folgendes vor:

Der Einzelplan 16 wird im Haushaltsjahr 2021 erstmals das Volumen von 1 Million € überschreiten. Die Arbeit des Verfassungsgerichtshofs hat durch die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zu Beginn des Jahres 2019 erheblich zugenommen. Die Zahlen, die den Stand per 30. September 2020 wiedergeben, sind dem Ausschuss schriftlich übermittelt worden. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres sind fast doppelt so viele Individualverfassungsbeschwerden eingegangen wie im gesamten Jahr 2019. Die Erledigungsleistung des Verfassungsgerichtshofs in Bezug auf die Individualverfassungsbeschwerden hat sich gegenüber dem Jahr 2019 fast verdreifacht. Der Arbeitsanfall kann jedoch mit dem vorhandenen Personal noch bewältigt werden.

Im Haushaltsjahr 2021 soll allerdings eine Stelle der Besoldungsgruppe B 3 – Ministerialrat/Ministerialrätin – neu geschaffen werden. Die Arbeitskraft der Stelleninhaberin bzw. des Stelleninhabers soll in vollem Umfang der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs bei der wissenschaftlichen Aufbereitung der Individualverfassungsbeschwerden, vor allem aber auch im Hinblick auf die verwaltungsmäßige Abwicklung derselben zur Verfügung stehen.

Weitere nennenswerte Ausgabenansätze sind mit der Einführung der elektronischen Verwaltungsakte und der im Jahr 2021 vorgesehenen Ausrichtung der Konferenz der Präsidenten der Verfassungsgerichtshöfe in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sollte die Konferenz, die bereits im Mai 2020 hätte stattfinden sollen, coronabedingt erneut verschoben werden, würden die entsprechenden Ansätze eingespart werden.

Über den als Vorlage 17/3996 verteilten schriftlichen Vortrag des Justizministers zur Einführung in den Einzelplan 04 hinaus führt **Staatssekretär Dirk Wedel (JM)** Folgendes aus:

Die Landesregierung unternimmt mit dem Entwurf des Einzelplans 04 erneut einen Schritt hin zu einer substantiellen Stärkung der Justiz im Personalbereich. In dem Einzelplan sind insgesamt 646 neue Stellen in der Justiz und im Justizvollzug vorgesehen. Ferner werden 23 kw-Vermerke gestrichen und die Frist für die Umsetzung von 85 kw-Vermerken verlängert.

Weitere Schwerpunkte werden im Bereich der Digitalisierung der Justiz sowie bei der Ausbildungsoffensive gesetzt. In diesem Zusammenhang sind insbesondere 70 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Justizsekretärsanwärterinnen und -anwärter und acht zusätzliche Planstellen für die Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz sowie zusätzliche Sachmittel vorgesehen.

Auf eine Frage von **Sonja Bongers (SPD)** antwortet **Dr. Ricarda Brandts**, der Verfassungsgerichtshof sei auf der Suche nach angemessenen Räumlichkeiten für die Zeit nach der laufenden Amtsperiode der Präsidentin, die im Jahr 2021 enden werde. Diese Räume müssten ab Juni 2021 zur Verfügung stehen. Diesbezüglich seien noch keine Entscheidungen getroffen worden; man sei aber auf einem guten Wege und hoffe sehr bald zu einem Ergebnis zu kommen. Konkretere Auskünfte könnten in dem gegenwärtigen Stadium allerdings nicht gegeben werden.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil** weist darauf hin, dass die Fraktionen bis zum 30.10.2020 die Möglichkeit gehabt hätten, Fragen zum Einzelplan 04 an das Justizministerium zu richten. Hiervon sei Gebrauch gemacht worden. Der schriftliche Bericht des Justizministeriums zur Beantwortung der Fragen solle spätestens bis zum 9. November 2020 vorliegen. Die abschließende Beratung im Rechtsausschuss solle in der Sitzung am 18. November 2020 stattfinden. Die Fraktionen würden gebeten, eventuelle Änderungsanträge bis zum 17. November 2020 dem Ausschusssekretariat zu übermitteln.